

1 **Antrag 01/I/2017**

2 **Unterbezirksvorstand**

3 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**

4

5 **Der Schlüssel zu Aufstieg und Wandel: Bildung**

6

7

8 Potsdam wächst. Die SPD Potsdam setzt sich auf allen
9 politischen Ebenen dafür ein, dass die Bildungsangebo-
10 te in Potsdam mitwachsen. Bildung ermöglicht jedem
11 einzelnen Menschen, sich ein Leben lang zu verändern,
12 der Gesellschaft sich zu entwickeln und der Wirtschaft
13 zu wachsen. Bildung bedeutet Fortschritt, Aufstieg,
14 Integration.

15

16 Unsere Bildungspolitik zielt auf beste Bedingungen
17 und große Vielfalt in Kitas, Schulen, Berufsschulen,
18 Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Wir
19 wollen einen bildungspolitischen Neuanfang mit einer
20 nationalen Bildungsallianz als einer gesamtgesell-
21 schaftlichen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und
22 Kommunen.

23

24 Unser Ziel ist die Beitragsfreiheit von Bildung – von
25 der Krippe bis zur Hochschule. Schritte zur weiteren
26 Beitragsfreiheit bedürfen einer Klärung der Finan-
27 zierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.
28 Wir fordern dazu innerhalb der nächsten zwei Jahre
29 verbindliche Vereinbarungen zwischen den politischen
30 Ebenen. Durch die Verbesserung der Qualität von
31 Betreuung und Lehre sowie die Bereitstellung einer
32 bedarfsgerechten Bildungsinfrastruktur wollen wir
33 beste Bedingungen für das Lehren und Lernen.

34

35 **Unsere kommunalpolitischen Ziele sind:**

36

37 1. der bedarfsgerechte Ausbau der Kita- und Schul-
38 landschaft im Einklang mit dem Wachstum der
39 Stadt. Hierbei müssen moderne Lernbedingungen
40 geschaffen und wohnortnah errichtet werden.
41 Wo neue Wohnungen bezogen werden, müssen
42 Kita- Hort- und Schulplätze von Anfang an zur
43 Verfügung stehen.

44

45 2. dass ab 2018 ein zentrales Onlineportal die Kita-
46 Platzanmeldung in der Landeshauptstadt Potsdam
47 erleichtert.

48

49 3. die Kita-Qualität mit den im Haushalt zusätzlich
50 beschlossenen Mitteln in Höhe von jährlich 2,5

Annahme

- 1 Millionen Euro zu verbessern.
2
3 4. die Schulsozialarbeit auf alle öffentlichen Schulen
4 auszuweiten und die Angebote der Jugendhilfe
5 stärker mit den Schulen zu vernetzen.
6
7 5. unsere Schulen für das digitale Zeitalter auszustat-
8 ten.
9
10 6. dass Potsdam für die Errichtung von Schulen und
11 Kitas ausreichend Flächen vorhält und ggf. Flächen
12 ankauft.
13

14 **Von der Landespolitik fordern wir:**
15

- 16 1. weitere Qualitätsverbesserung in den Kitas, durch
17 gut ausgebildetes und mehr Personal.
18
19 2. den flächendeckenden Ausbau der Schulsozi-
20 alarbeit an allen Schulen, so dass alle Schüler
21 und Schülerinnen, alle Eltern und alle Lehrkräfte
22 erreicht werden. Gerade mit Hinblick auf die
23 besonderen Integrationserfordernisse sind die
24 psychologischen und sozialpädagogischen Hilfen
25 und Leistungen einer systematischen und unter-
26 stützenden Schulsozialarbeit unverzichtbar.
27
28 3. die Potenziale der Berufsschulen für die Integration
29 durch Bildung und im Vorfeld einer Beruflichen
30 Ausbildung (BA) stärker zu nutzen. So kann
31 schrittweise der Übergang in eine reguläre duale
32 Berufsausbildung besser gelingen. Die Berufs-
33 schulen sind für diese Brückenfunktion besser
34 auszustatten.
35
36 4. die Bildungswege so zu gestalten, dass alle
37 Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben,
38 einen berufsqualifizierenden Abschluss zu machen.
39
40 5. Hochschulen beim Ausbau von Sprachförder-
41 und anderen Weiterbildungsangeboten zu un-
42 terstützen, weil Studienkollegs quantitativ nicht
43 ausreichend sind.
44
45 6. eine Digitalisierungsoffensive für die Schulen
46 und begleitende Qualifizierungsmaßnahmen für
47 Lehrerinnen und Lehrer zu starten.
48

49 **Wir fordern von der Bundespolitik:**

- 1
- 2 1. eine Qualitätsoffensive für die frühkindliche Bil-
- 3 dung, hierzu gehört die beitragsfreie Kita genauso
- 4 wie mehr Sprachangebote und die Möglichkeit
- 5 des Bundes nicht nur in Kitaplätze zu investieren,
- 6 sondern auch die Länder bei den Personalkosten
- 7 zu unterstützen. Hierzu ist das Kooperationsverbot
- 8 im Grundgesetz aufzuheben, um eine Mitfinanzie-
- 9 rung des Bundes auch in den Bereichen Kita und
- 10 Schule zu ermöglichen.
- 11
- 12 2. ein weiteres Programm zum Ausbau von Ganztags-
- 13 schulen.
- 14
- 15 3. dass das Schüler-Bafög wieder bundesweit ein-
- 16 geführt wird. Die in Brandenburg geschaffene
- 17 Landesregelung ist hier Vorbild.
- 18
- 19 4. eine deutliche Aufstockung der Alphabetisierungs-
- 20 Initiative von Bund und Ländern, um den rund
- 21 7,5 Millionen in Deutschland lebenden funktio-
- 22 nalen Analphabeten und Analphabetinnen eine
- 23 Bildungsperspektive zu eröffnen.
- 24
- 25 5. die Öffnung der Integrationskurse für alle Asylbe-
- 26 werber und Asylbewerberinnen.
- 27